Zum Tod von Alois Grendelmeier

Autor(en): **Benz-Burger, Lydia**

Objekttyp: **Obituary**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **39 (1983)**

Heft 3-4

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

ten der Jugendpolitik, dem Verkehr und dem Umweltschutz. Mitglied des LdU ist sie seit ca. 1969 (teils im Vorstand).

Monika Wyss, Zürich
SP, Wahlkreis 3

Monika Wyss, geboren 1946, Lehrerin für Englisch und Deutsch an der Berufsmittelschule Zürich, liess sich als Primar-, dann Sekundarlehrerin ausbilden, studierte sechs Semester Jus und amtet als Bezirksschulpflegerin. Sie ist Mitglied der Ofra, des VPOD und der Hausfrauengewerkschaft (VHE) und engagiert sich für Gleichberechtigung und Bildungsfragen, im besonderen für die gleiche Ausbildung für Mädchen und Knaben, für die Übernahme des Frauenhausdefizits durch den Kanton und für eine quartierbezogene Nutzung des Zürcher Kasernenareals.

Zum Tod von Alois Grendelmeier

Mit Bestürzung haben wir die Todesnachricht von *Alois Grendelmeier* (Küsnacht) vernommen. Ein Kämpfer für Rechtsgleichheit, ein Freund der Unterdrückten und ein Förderer einer echten schweizerischen Demokratie hat uns verlassen.
Seine Tätigkeit im Nationalrat von 1949 bis 1963 fällt in jenes für uns Frauen wichtige Jahrzehnt, in welchem der Bundesrat nach mannigfachen Vorstössen, in den eidgenössischen Räten die Botschaft zur Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts in eidgenössischen Angelegenheiten unterbreitete; der entsprechende Verfassungsartikel wurde in der Abstimmung vom 1. Februar 1959 im Verhältnis 2:1 verworfen. Die drei annehmenden Stände Waadt, Neuenburg und Genf trugen dazu bei, dass bei der zweiten Abstimmung 1971 das Ergebnis umgekehrt positiv 2:1 lautete.
Alois Grendelmeier hatte im Dezember 1952, ähnlich im Ständerat Picot, ein Postulat eingereicht, um die Frauenstimmrechtsdebatte wieder in Gang zu bringen, das dann am 24. März 1954 erheblich erklärt wurde. Ein Postulat von Rothen vom 21. Dezember 1950 war von der nationalrätlichen Kommission durch eine Motion für eine Partialrevision der Bundesverfassung unterstützt worden mit 85:56 im Nationalrat, hingegen verwarf sie der Ständerat mit 19:17 Stimmen. Grendelmeier hatte der Kommission angehört und in der Ratsdebatte die widerlichen Argumente des gegnerischen Arztes Dr. Bircher überzeugend widerlegt. Bei der

Frauen-buchladen

Stockerstrasse 37
8002 Zürich

Di–Fr 10.00–13.00
14.30–18.30
Sa 10.00–16.00

Begründung seines Postulates wies er auf die positiven Resultate der Frauenprobeabstimmung in Genf vom 30. November 1952 hin und entkräftete damit das Argument der Gegner, die Frauen wollten das Stimmrecht gar nicht. Er zitierte auch die UNO-Deklaration, wonach alle Menschen frei und gleich an Würde geboren seien.
Erika Grendelmeier, seine Frau, präsidierte von 1954 bis 1962 den Frauenstimmrechtsverein Zürich. So besassen wir einen unbestechlichen politischen Berater, der unseren mühsamen Kampf begleitete und häufig an unseren Veranstaltungen teilnahm, auch als Referent und nicht nur zum Thema Frauenstimmrecht; 1955 referierte er als Umweltschützer über die «Schädigung der Volksgesundheit durch Auto-Gase».
Wir Staatsbürgerinnen danken Alois Grendelmeier für das, was er als Bürger, als Politiker, als Mitmensch für uns getan hat. Die einsamen Rufer in der Wüste sind seltener geworden und wir um eine Hoffnung ärmer. Wir teilen den Schmerz mit seiner Familie.

Lydia Benz-Burger

Sind Frauen für ihre Parteien zu unbequem?

Immer öfter – das Thema ist für die «Staatsbürgerin» nicht neu – geraten Politikerinnen mit engagierten Stellungnahmen zu Umweltschutz, Entwicklungshilfe oder Friedenspolitik bei ihren Parteien in Schwierigkeiten. Bei der Freisinnig-Demokratischen Partei sind es Ursula Brunner, Leni Robert und Lili Nabholz, bei der Sozialdemokratischen Partei Gret Haller und bei der Liberalen Partei Monique Bauer. Nun hat auch der Evangelische Pressedienst das Problem aufgegriffen.

Vor zehn Jahren waren, so Leni Robert in einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger», wir Frauen in den Parteien als Dekoration willkommen. Da hatte man uns alle gern. Jetzt, wo wir Frauen anfangen selbständig zu denken und eine eigenständige Politik zu vertreten, haben viele Männer Mühe, das zu akzeptieren. Das gilt nicht nur für die FDP. Ich glaube allerdings, dass bürgerliche Parteien sich mit Frauen schwerer tun. Die Linken nehmen Neues schneller auf. Die «anstössigen» Politikerinnen setzen sich häufig für Frauenprobleme, Umweltschutz, Entwicklungshilfe, Menschenrechte, Energie, Friedens- und Jugendbewegung ein. Eine Studie über «Die Schweizerinnen und der politische Konservatismus» hat herausgefunden, dass 60 Prozent der politischen Interventionen von Frauen eine Integrierung von Randgruppen zum Ziel haben. 20 Prozent sehen eine Öffnung und Demokratisierung der Gesellschaft vor. Aber auch bei Vorstössen zu Themen über Wirtschaft, Aussenpolitik oder Armee «zeigen die Politikerinnen ihre Interessen viel weniger für die politischen oder technischen Aspekte dieser Fragen, sondern vielmehr für die menschliche Seite».

Den Frauen geht es ähnlich wie Leuten aus der Kirche, wenn sie sich für Randgruppen oder Mitmenschen einsetzen: Sie werden leicht als «Nestbeschmutzer», «Ideologen», oder «von links unterwandert» apostrophiert. Viele Parteifrauen allerdings kompensieren männlichen Widerstand gegen ihre politische Tätigkeit mit Anpassung.
In welcher Richtung ein Umdenken bei den Parteien erfolgen soll, legt Ira Stamm, Präsidentin der schweizerischen Vereinigung freisinniger Frauen, in einer Zuschrift an das «St. Galler Tagblatt» dar: «Unsere Verfassung garantiert jedem Schweizer und jeder Schweizerin Gedanken- und Meinungsfreiheit. Werte, die uns heilig und unantastbar sein sollten, die